

Haushaltsplan 2010, Finanzplanung mit Fragezeichen

Unter der Überschrift „Kämmerer fordert strenge Ausgabendisziplin“, waren in der Presse interessante Aussagen zu lesen:

„Zwiespältige Gefühle bewegten ihn, gestand Ulrich Kiedaisch. Das hatte weniger mit Nervosität zu tun, viel mehr mit dem dramatischen Rückgang der Gewerbesteuer. Ob die angepeilten 45 Millionen € wirklich in der Stadtkasse landeten, sei immer noch mit einem dicken Fragezeichen versehen. Schwache Konjunktur und künftige Steuererleichterungen für Unternehmen ließen eine verlässlich Aussage nicht zu.“

Nachzulesen waren diese Sätze nicht etwa im November 2010, sondern in der LKZ vom 21. Dezember 2001 im Rahmen der Hplanberatungen für das Jahr 2002.

Die Mahnung zum sparsamen Umgang mit Steuergeldern, die wir in den letzten Tagen unter der Überschrift „Die nachhaltige Stadt stellt der Zukunft keine Rechnung“ in mehreren Variationen in Papierform bekommen haben, ist also nichts Neues, die Papierverschwendung durch 4 verschiedene Einladungen ist im übrigen auch nicht gerade nachhaltig.

Nichts Neues sind auch die jährlichen Sparmaßnahmen, entweder durch Zurückstellungen oder durch Zuschußkürzungen. Bei Schul- und Kindergarten-sanierungen, bei den Kosten der Stadtbücherei, bei der Volkshochschule, bei Straßen- und Kanalsanierungen und im Bereich der Grünpflege ist in den vergangenen Jahren ständig eingespart worden. Nur einige Beispiele sind: Schließung der Stadtteilbüchereien in Neckarweihingen und der Weststadt, Festlegung der Abteilungsgröße in den Kindergärten auf 28 Kinder im Jahr 2005, Reduktion der Sanierungsmittel beim Straßenunterhalt, Verminderung der Haushaltsmittel für die Grünpflege, Verschiebung der notwendigen Maßnahmen der Schulsanierung z.B. im Goethe-Gymnasium...

Nichts Neues ist es auch, daß in den dazwischenliegenden acht Jahren sich die Verwaltungsspitze selbst nicht an die Mahnung gehalten hat, der Zukunft keine Rechnung zu stellen. Herr OB Spec hat im Gegenteil in kurzer Zeit soviel Bauvorhaben mitsamt ihren Folgekosten auf den Weg gebracht, daß es selbst den investitionsfreudigsten Mitgliedern des Gemeinderats zu viel wurde und die CDU den Antrag stellte, neben der Erweiterung der Filmakademie, dem Bau der Theaterakademie und des Westausgangs samt Parkhaus, der Tiefgarage unter dem Akademiehof, dem Museumsumbau in der Eberhardstraße und der Event-Arena am Bahnhof mit all ihren Folgekosten (wie Parkhausbau, Gestaltung der Umgebung, Fassadenverschönerung) nun keine neuen Vorhaben mehr zu

beginnen. Nicht nur die Baukosten schlugen zu Buche, sondern die auch die vielen Kostenerhöhungen dieser Großbauvorhaben z. B. bei der Tiefgarage unter dem Akademiehof um fast 1 Mill. €.

Schon der Verzicht auf die Freiwilligkeitsleistung für einen einzigen Profisportverein, V erzicht den Bau der Arena, hätte dazu geführt, daß wir uns heute keine Gedanken über das Marktplatzfest oder den Pferdemarktumzug oder sonstige Kürzungen von Vereinszuschüssen machen müßten. Mit Grundstückskauf, bezahlten Baukosten, Gestaltung der Umgebung einschließlich Zahlungen an die Bahn für Bau und Unterhalt des Westausgangs wird die Arena bis 2010 bereits ca. 24 Millionen € gekostet haben.

Die LUBU hat in jeder Haushaltsplanberatung der vergangenen Jahre gemahnt, mehr Geld in Sanierungen und nicht in Neubaumaßnahmen zu stecken. „Ein guter Haushalter wird versuchen, das Vermögen der Stadt, *zu dem ja nicht nur Geldanlagen gehören*, sondern auch in regelmäßigen Abständen sanierte Gebäude, Straßen und Kanäle, zu erhalten.“ (Kieda-isch 2001)

Wie sich mangelhafte Unterhaltungsmaßnahmen auswirken, konnten Interessierte von Freitag bis Montag in der Friedenstraße bewundern, in der wegen eines riesigen Lochs in der Straßenoberfläche kein Bus mehr fuhr. Die LUBU hat in allen Hplanberatungen der letzten Jahre auch darauf hingewiesen, daß dauernder Personalabbau ohne Aufgabenkritik das Pferd am Schwanz aufzäumt.

Nun hat der Oberbürgermeister mit seiner Konsolidierungsliste seine eigene Aufgabenkritik vorgelegt.

Wir sind durchaus dafür, die von unserer Stadtverwaltung durchgeführten Aufgaben daraufhin zu überprüfen, ob sie noch zeitgemäß sind und ob sie weiter von der Stadtverwaltung oder besser von anderen Einrichtungen oder Privaten durchgeführt werden sollten. Neben der kritischen Betrachtung der bisherigen Aufgaben und ihrer Durchführung muß aber immer und gleichberechtigt geprüft werden, ob bisher nicht wahrgenommene Aufgaben im Blick auf die Stadtentwicklungsziele neu in den Aufgabenkatalog aufzunehmen sind.

Die Aufgabenkritik muß der Prozeßverbesserung und der Personalbedarfsermittlung unbedingt vorausgehen.

Alle diese Fragen darf nicht eine Person allein bestimmen, sie müs

sen in Diskussionen zwischen dem Gemeinderat, der ja laut Gemeindeordnung die Grundsätze für die Verwaltung der Gemeinde festlegt, und der Verwaltung wenigstens in groben Zügen geklärt werden.

Nach diesen Klarstellungen wird es wohl niemand überraschen, daß wir nicht bereit sind, die sogenannte „Konsolidierungsliste“ mitzutragen.

Daß die Einsparfirma Horvath und Partner im Frühjahr 2009 nur noch Sparmöglichkeiten für 800.000 Euro fand, spricht Bände.

Insbesondere im Bereich der Kindergärten und Schulen, aber auch der Jugendbetreuung und der Fortbildung aller Bürger/Bürgerinnen in der VHS oder bei der Vereinsförderung gibt es für uns keinerlei Kürzungsmöglichkeiten mehr. Die Vereine sind ein Teil der Ludwigsburger Kultur und leisten wertvolle Sozialarbeit. Wir wollen bestehende sinnvolle Strukturen nicht zerschlagen.

In alle diese Bereiche bürgerlichen Engagements müßte im Gegenteil eigentlich dringend investiert werden, ebenso wie in bestehende Straßen, Schulen und Kanäle.

Da die Steuerschätzungen für die nächste Zeit nicht voraussehbar sind und eine Grundsatzdiskussion zu Thema „Aufgabenkritik“ erst noch stattfinden muß, konzentrieren wir uns auf den Haushalt 2010.

Zum Ausgleich des Haushalts 2010 schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes um 20 Punkte auf 380 v.H = 2,5 Mill €. Wir legen Wert auf die Forderung, daß mit den zusätzlichen Einnahmen Sanierungen von Schulen und bessere Betreuung in den Kindererziehungseinrichtungen finanziert werden, ebenso wie der Erhalt der Bücherei in ihrer jetzigen Form.

Wir beantragen weiter die Erhöhung der Grundsteuer auf ebenfalls 380 v.H. Hebesatzpunkte = 2.5 Mill €. und die Erhöhung der Entnahme aus den Rücklagen von 12,1 auf 13,1 Mill €;

Die Verschiebung oder Kürzung von Investitionsmaßnahmen im Sportbereich, beim Kauf von Grundstücksflächen für noch nicht beschlossene Gewerbegebiete und bei der Erweiterung der Filmakademie bringt weitere 4 Millionen €.

Mit den 10 Mill € können die in der bekannten Liste aufgeführten Einsparmaßnahmen vermieden werden.

Wir stellen zwei haushaltswirksame Anträge, deren Kosten in unse-

ren Finanzvorschlägen enthalten sind.

Einmal sollen wenigstens die Jungen-Toiletten des Goethe-Gymnasiums im Jahr 2010 saniert werden.

Zum 2. beantragen wir, daß die Wohnbau Ludwigsburg, die das Neubaugebiet Jahnstraße entwickelt hat, den Bau des dringend notwendigen Kinder- und Familienzentrums in Poppenweiler übernimmt. Das entlastet den städt. Haushalt insgesamt um 1 Mill € , im Jahr 2010 um 0,1 Mill €.

Unsere anderen Anträge betreffen die nachhaltige Stadtentwicklung:

- einen familien- und behindertenfreundlichen Bahnhof Ludwigsburg und Bahnhof Favoritepark durch Erhöhung der S-Bahnsteige;
- die behindertengerechte Nachrüstung aller städtischen öffentlichen Einrichtungen einschließlich Straßenübergängen und Gebäuden;
- die Ausweisung von Tempo-30-Zonen in der Innenstadt mit den Zielen Lärmschutz, Minderung des Schadstoffausstoßes und sicheres Fahrradfahren;
- Vorlage einer Planung für die Fortführung der Alleensanierung an der Grünen Bettlade mit zwei Zielen: Zuschüsse der Landesstiftung Naturschutzfonds Baden-Württemberg zu bekommen und das Ruhmesblatt städtischer Werbung, unsere Alleen, wenigstens schrittweise weiter zu sanieren.
- eine Gestaltungssatzung für die historische Innenstadt;
- eine Planung für die Umgestaltung der Straßen rund um das Marstallcenter, damit bei Gewährung eines beantragten Landeszuschusses rasch mit den Umbaumaßnahmen begonnen werden kann.

Besonders deutlich aber möchten wir darauf hinweisen, daß sofort nach dem Beschluß über den Hplan 2010 im neuen Jahr eine qualitätvolle gründliche Diskussion zum Thema „Aufgabenkritik“ beginnen muß, wobei die Beteiligten unbedingt der Gemeinderat und Vertreter der Verwaltung sein müssen. Aber auch über eine Bürgerbeteiligung an diesen Diskussionen erwarten wir Vorschläge der Verwaltung. Andere Städte haben mit dem Thema „Bürgerhaushalt“ schon Erfahrungen gesammelt, die wir nutzen können.